

Die Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Osteuropa

Spät genug öffnet ab dem 1. Mai auch Deutschland die Tore seines Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus jenen osteuropäischen Staaten, die bereits 2004 der Europäischen Union beigetreten sind. Ihnen wird damit nach einer allzu langen Übergangsphase die volle Freizügigkeit auch in Deutschland eingeräumt.

Mit ihrer zögerlichen Haltung aus Angst vor vermeintlichen Belastungen für den deutschen Arbeitsmarkt hat die deutsche Politik dem Land keinen Gefallen getan. Denn die Bilanz zeigt, dass die Qualifizierten aus den östlichen Nachbarländern, die Deutschland gut hätte gebrauchen können, stattdessen in Länder wie Großbritannien, Irland oder Schweden gegangen sind. Diese hatten sich bereits frühzeitig für Fachkräfte aus Polen, den baltischen Staaten, Tschechien oder Ungarn geöffnet.

Andererseits sind Menschen mit unzureichender Ausbildung und Ältere aus dem Osten Europas über andere Zuwanderungskanäle dennoch nach Deutschland gekommen. Das Bremsmanöver des Jahres 2004 hat also zu einer gleich doppelten Fehlsteuerung geführt.

Dieses unvorteilhafte Ergebnis dient nun als Argument für einen weiteren Trugschluss: In der aktuellen Debatte um die dringend notwendige Reform des Zuwanderungsrechts wird jetzt erklärt, man müsse zunächst abwarten, wie sich die Liberalisierung nach dem 1. Mai 2011 auswirke. Diese erneute Denkpause kann man sich getrost sparen. Denn der Effekt der verspäteten Öffnung wird eher gering ausfallen.

Unbegründet sind jedenfalls Befürchtungen, es könne demnächst zu einem Massenansturm von Arbeitnehmern aus Osteuropa in die westlichen Nachbarländer und insbesondere nach Deutschland kommen. Nichts spricht für ein solches Szenario. Die begehrten „high potentials“ aus Osteuropa haben sich längst in anderen attraktiven Regionen der Welt niedergelassen.

Andererseits ist selbst auf dem Markt für Saisonarbeiter aus den östlichen EU-Ländern, der bereits seit Jahresanfang liberalisiert ist, das Interesse an einer Beschäftigung im Westen inzwischen recht verhalten.

Wirtschaft und Politik sollten deshalb jetzt gemeinsam eine Strategie entwickeln, die die Chancen der neuen Freiheit angesichts der wachsenden personellen Knappheit in vielen Wirtschaftssektoren klug nutzt. Denn die Öffnung kann für Deutschland langfristig deutlich positive Effekte haben. Mögliche Produktivitätsgewinne werden höhere Einkommen und Vermögen erbringen – und die gesamtwirtschaftlichen Vorteile werden umso deutlicher ausfallen, je aktiver Deutschland jetzt um qualifizierte Zuwanderer wirbt.

Deutsche Unternehmen sind gut beraten, vor Ort in Osteuropa rasch Informations- und Servicestellen in Kooperation mit dortigen lokalen Partnern aufzubauen, die Wanderungswillige beraten und bei der beruflichen Neuorientierung begleiten.

Die Wirtschaft sollte voran gehen und jetzt aus den Fehlern der bisherigen Migrations- und Integrationspolitik Konsequenzen ziehen. Interessierte Menschen aus Osteuropa sollten durch eine Kultur der Offenheit und des Willkommens von den Vorzügen des Standortes Deutschland überzeugt werden. Dabei geht es um mehr als nur die eigene wirtschaftliche Stärke – es geht auch um eine Ausfüllung der Potenziale des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums. Nur wenn sich die Arbeitsmärkte dynamisch austauschen und Menschen aus den EU-Partnerländern nach den Bedarfslagen der Volkswirtschaften zu- und abwandern, wird das europäische Projekt die nötige Flexibilität für seinen Erfolg aufbringen.




Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: **Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann**
 Redaktion: **Mark Fallak, Holger Hinte**
 Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
 Tel.: **+49 (0) 228 - 38 94 223**
 Fax: **+49 (0) 228 - 38 94 510**
 E-Mail: **compact@iza.org**
 Internet: **www.iza.org**
 Grafiken/Fotos: IZA
 Druck: Güll GmbH, Lindau
 Layout: IZA